



Niederschrift

37. Sitzung Hauptausschuss
14. Februar 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 3 der Tagesordnung: Reinigungsdienstleistungen bei der Stadt Karlsruhe

3.1: Reinigungsdienste rekommunalisieren und Reinigungskräfte in städtische Beschäftigungsverhältnisse übernehmen

Interfraktioneller Antrag: DIE LINKE., KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2022/0592

3.2: Organisation der Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe: Vorbereitung einer strategischen Grundsatzentscheidung

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD

Vorlage: 2022/0679

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) führt aus, ihre Fraktion sei der festen Überzeugung, dass städtische Arbeitsplätze den Vorrang haben müssen, wenn es darum gehe, gute Arbeit zu schaffen und damit eine gewisse Qualitätssicherung zu erreichen. Klar sei ihr, dass die Unterhaltsreinigung das Hauptthema sei. Vor dem Hintergrund der Zahlen in den Vorlagen wolle man sich auf die Unterhaltsreinigung fokussieren. Hier brauche man eine Sicherung des bestehenden Mitarbeiter*innenstabes sowie einen sukzessiven Ausbau, um mehr Beschäftigte in städtischer Verantwortung für die Reinigungsarbeiten zu haben. Gerade in den Bereichen, in denen man Kundenkontakt habe oder auch in Schulen halte man es für dringend notwendig, mit einem größeren Stamm an eigenen Mitarbeiter*innen diese Reinigungsleistung zu erbringen. Ihre Fraktion werde dazu noch einen Änderungsantrag einreichen.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) bedankt sich für die nach dem Personalausschuss geänderte Vorlage. Bei der Berechnung seien 2 Mio. Euro für Krankheits- und Urlaubsvertretung angegeben. Beim Afa müsse man dies beispielsweise mit Leiharbeitskräften ausgleichen. Warum sei das nicht auch bei den Reinigungsleistungen möglich?

Ihre Fraktion werde einen Änderungsantrag stellen, dass 50 % der Reinigungsleistung von eigenen städtischen Mitarbeitern erbracht werde und dass es kein weiteres Outsourcing gebe. Die geplante Einführung eines Qualitätsmanagements begrüßt ihre Fraktion.

Stadträtin Melchien (SPD) merkt an, ihre Fraktion unterstütze keine weitere Absenkung der Eigenleistung, weshalb man den Beschlussvorschlag der Verwaltung in Punkt a und b nicht mittrage. Ziel ihrer Fraktion sei ein ausgewogenes Verhältnis und damit wieder mehr in Eigenhand zu bekommen. In Anbetracht der Haushaltslage müsse man sich dann darüber unterhalten, wie man diesen Weg erreiche. Bezüglich des Qualitätsmanagements unterstütze man die Verwaltungsvorlage. Gerade in den Bereichen Schule und Kitas müsse ein stärkeres Augenmerk auf die Qualität der Reinigung gelegt werden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) trägt die Stellungnahme der Verwaltung in allen drei Punkten mit, da dies bedeute, dass man die jetzige Aufteilung beibehalte. Es sei es nicht unbedingt besser, wenn man keine Fremdfirmen im Haus habe. Bei Fremdfirmen bekämen beispielsweise Menschen eine Chance, die bei der Stadt nie eingestellt würden.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) stellt fest, in den Beiträgen sei durchgedrungen, dass die Qualität von Fremdfirmen schlechter sei. Das könne er nicht nachvollziehen. Er kenne keine Erhebung, die dies festgestellt habe. Man sei sich jedoch einig, dass man ein Qualitätsmanagement benötige. Dem Konzept hierzu müsse man sich nochmals ausführlich widmen. Halte man den Antrag aufrecht, müsse man auch sagen, wo das Geld herkomme. Wo streiche man dann konkret? Wenn dies geklärt sei, könne man sich überlegen, ob es das wert sei.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) meint, seine Fraktion versuche, mit dem Personalrat zusammen Personalpolitik in dieser Stadt zu betreiben. Hier sei man in einer Zwickmühle, weil man nicht widerlegen könne, dass die bisherige Aufteilung nicht funktioniert habe. Sie sei für einen Großbetrieb wie die Stadt hoch flexibel und werde den unterschiedlichen Anforderungen an den Personalbedarf gerecht. Wenn die Qualität stimme, worauf man jetzt achte, dann müsse auch auf diesem System weiterverfahren. Woher nehme man jetzt den Mut, die städtische Haushaltssituation noch mehr zu belasten? Das sei nicht nachvollziehbar.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) bittet den Personalrat, noch ein paar Sätze dazu sagen, wie die Erfahrungen auf Seiten der Beschäftigten seien und wie sich die Problematik darstelle.

Herr Bürk (Personalrat SJB) antwortet, es habe eine Abfrage unter verschiedenen Ämtern zu Vergleichen zwischen privatwirtschaftlicher Vergabe von Reinigungsleistungen und kommunaler Leistung gegeben. Durchgehende Rückmeldung der Ämter sei gewesen, dass man mit der Eigenreinigung zufriedener sei als mit der Fremdvergabe. Verdi habe unter baden-württembergischen Kommunen ebenfalls eine Abfrage gemacht. Dort sei die überwiegende Rückmeldung gewesen, dass Kommunen mit privatwirtschaftlicher Reinigung nicht sehr zufrieden seien.

Man benötige ein Qualitätsmanagement, um eine qualitativ gute Reinigung zu erhalten. Wichtig sei, dass man das Reinigungswesen professionalisiere und zusammenführe in einem Bereich. Ein gutes Beispiel sei das Städtische Klinikum. Wenn man kommunalbeschäftigte Reinigungskräfte habe, fielen diese unter den Schutz des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes. Von daher begrüße und unterstütze man einen möglichen Entschluss des Gemeinderates. Man sehe die schwierige Haushaltssituation, weshalb man vorschlage, gegebenenfalls in Stufen eine Ausweitung der kommunalen Reinigung herbeizuführen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) bemerkt, das sei genau das, was die Verwaltung plane. Man wolle ein Qualitätsmanagement einführen. Das stufenweise Anheben könne eine Möglichkeit sein.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um einen haushaltswirksamen Antrag handle. Er müsse in den Haushalt verwiesen werden, wenn er jetzt eine Mehrheit bekomme. In der Konsequenz bedeute dies, dass man jede Million, die man mehr für Personal im Reinigungsbereich ausbebe, an anderer Stelle durch eingesparte Stellen erwirtschaften müsse. Man stehe vor dem finanziellen Dilemma, dass man Probleme habe, die hoheitlichen Aufgaben in einer vernünftigen Qualität weiterzuführen. Daher sei es nicht optimal zu sagen, man richte noch mehr Arbeitsplätze ein, die auch subsidiär erbracht werden können.

Stadtrat Hock (FDP) fragt nach, ob die Anträge trotzdem im nächsten Gemeinderat behandelt würden, wenn es sich um haushaltsrelevante Anträge handle.

Der Vorsitzende antwortet, wenn die Anträge keine Mehrheit finden, könne man sie vorher behandeln. Wenn sie eine Mehrheit finden, seien sie haushaltsrelevant. Man müsse sich jetzt Gedanken machen, auch mit den Antragstellern, wie man damit umgehe, ob man daraus vielleicht einen Antrag formuliere, der sage, es solle dann entsprechend noch einmal als Entscheidung in den Haushalt eingebracht werden.

Stadträtin Melchien (SPD) geht davon aus, dass man zumindest ein mehrheitliches Ziel im Gemeinderat beschließen könne, damit man wisse, wohin die Reise gehe. Was dann im Haushalt an Änderungsanträgen komme, sei Sache derjenigen, die dieses Ziel verfolgten.

Der Vorsitzende entgegnet, wenn Ziele vorgegeben würden, fühlte man sich gebunden, diese auch zu erreichen. Man müsse jetzt eine Lösung finden. Das Problem sei allen klar. Eine endgültige Entscheidung könne erst im Rahmen der Haushaltberatung stattfinden.

Stadtrat Hofmann (CDU) meint, seiner Fraktion sei vor allem das Qualitätsmanagement wichtig. Vor allem bei den Schulen gebe es Probleme. Hier müsse man versuchen, zügig die ersten Schritte zu machen. Vielleicht könne man dann die eine oder andere Erfahrung mitbringen, wie es funktionieren könne.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die erfolgte Vorberatung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
22. Februar 2023